

Stellungnahme der sächsischen Regierung einen Widerspruch gegen die Absichten der Reichsregierung feststellen wollte, zumal diese in den Einzelheiten noch nicht bekannt sind. Schließlich ist es ja auch Papens erklärtes Ziel, für die Durchführung seiner Pläne eine Volksmehrheit zu gewinnen. Nur den Fall, daß das im neuen Reichstag nicht gelingt, liegt in der sächsischen Erklärung immerhin eine Warnung, in Verfassungsdingen nicht mit der fassadentragenden Mehrheit vorzugehen, mit der sich Papen auf anderen politischen Gebieten gegenüber seinem Vorgänger Bräutigam vorteilhaft unterscheidet. Die sächsische Regierung hat sich damit jedenfalls die Hände freigegeben, um später im Reichstag, wenn die formulierten Projekte der Reichsregierung vorliegen, sachlich, so wie es im Landesinteresse liegt, zu entscheiden.

Die Stellungnahme der ausschlaggebenden Parteien war in der Landtagsausprache wieder überwiegend von Polemik, die zum Teil in wüsten Formen geführt wurde. Aber daran, daß sich Sozialdemokraten und Kommunisten unter einer Flut von Beschuldigungen gegenseitig die Schuld am Niedergang des Reiches zuschieben, ist man ja gewohnt. Und daß die Sozialdemokratie in dem Punkt von allen Seiten als unaussprechbar anerkannter Auslieferungswert an der Weimarer Verfassung nur monarchistische Restaurationspläne sieht, ist aus ihren Wahlkampfbedürfnissen zu erklären. Ihr Versuch, jedes Aufwachen der Weimarer Verfassung zu verteidigen, ist verlorene Mühe. Auch von den Vertretern der bürgerlichen Parteien der Mitte und der Linken, die sich zur Regierung Papen bekennen, konnte man nichts Neues über ihre Einstellung zur Verfassungsreform erfahren, weil sie sich unter Hinweis auf das Fehlen einer sachlichen Grundlage der Debatte entzogen. Die Deutschnationalen hielten allerdings nicht hinter dem Berge mit ihrer Meinung, daß das Prinzip der autoritären Staatsführung darin festgelegt werden müsse, und zwar unter Befehl eines gesunden Föderalismus. In der ganzen Richtung wurde die Liebererkenntnis mit Papens Wünschen betont. Interessant ist die Stellungnahme der Nationalsozialisten, die in der Sache, nämlich in der Betonung der Notwendigkeit der Verfassungsreform und ihrer Richtung vom Parteienstaat zum Autoritätsstaat, weitgehend mit den Deutschnationalen übereinstimmt, aber von größtem Mißtrauen gegenüber den weiteren Absichten Papens erfüllt ist.

und aus dieser grundsätzlichen Opposition zur Ablehnung kommt. Die Schlussfolgerung lautet: Reform, ja! Aber keine von oben verordnete, sondern eine solche, die vom Volke kommt und im Volkswillen wurzelt.

Der zur Annahme gelangte Beschluß, der die sächsische Regierung auffordert, gegen „verfassungswidrige Pläne“ der Reichsregierung im Reichstag Stellung zu nehmen, gibt schon einen Ausblick auf die im neuen Reichstag zu erwartenden Schwierigkeiten. Man muß dabei berücksichtigen, daß der gegenwärtige sächsische Landtag eine für die Pläne der Reichsregierung günstigere Zusammensetzung aufweist, als sie selbst bei optimistischer Beurteilung der Wahlausichten für die Regierung im Reichstag des 6. November zu erwarten ist; denn neben den durch das Bandvolk verstärkten Deutschnationalen haben in diesem Landtag noch die Volkspartei und die Wirtschaftspartei starke Fraktionen, die im Reichstag bis auf seine Reste verschwunden sind. Nach dieser sächsischen Probebestimmung gebietet keine Probebestimmung dann, um voranzutreten, daß der Entwurf zur Verfassungsreform, wie er auch aussehen mag, keine Aussicht darauf hat, eine Zweidrittelmehrheit des neuen Reichstags für sich zu gewinnen. Damit rückt das Interesse an der Art der Durchführung in den Vordergrund, wie das gestern schon im sächsischen Landtag der Fall war, sehr zum Schaden der sachlichen Durcharbeitung auf der aufgeworfenen Probleme. Man fragt nicht mehr nach dem Was, sondern nach dem Wie.

Natürlich ist sich auch die Reichsregierung dieser Schwierigkeit bewußt, und es scheint, daß sie mit ihrer zunächst in Süddeutschland vollzogenen Annäherung an die Völkervereinigungen eine staatsrechtliche Brücke sucht, die es ihr ermöglichen soll, auch ohne vorherige Zustimmung des Reichstages von Weimarer aus den neuen Verfassungsboden aufkommen. Man spricht von der Absicht, den Verfassungsombau in Form eines Staatsvertrages mit den Ländern vorzunehmen, der zunächst nur vom Reichsrat genehmigt und später von einem nach dem verordneten neuen Wahlrecht gewählten Reichstag oder durch Volksentscheid bekräftigt würde. Das ist aber gerade das, was die Landtagsmehrheit als „verfassungswidrige Pläne“ der Reichsregierung bezeichnet, denen die Landesregierung nach dem gefassten Beschluß ihre Mitwirkung verweigern soll. Wie man die Aussprache und ihr Ergebnis also auch werten will, sie hat keine Klarheit geschaffen und die bestehenden Schwierigkeiten nur vermehrt.

Goebbels' Rededuell mit den Deutschnationalen

Waffenandrang in der Hasenheide

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 19. Okt. Unter einer riesigen Anteilnahme fand am Mittwochabend in einem der größten Säle Neuzölln das angekündigte und mit großer Spannung erwartete Rededuell zwischen den Deutschnationalen und den Nationalsozialisten statt. Die Deutschnationale Volkspartei hatte einer Anregung des Berliner Gauleiters Dr. Goebbels entsprechend eine große Versammlung einberufen, in der dem nationalsozialistischen Redener eine bestimmte Redezeit, die Teilnahme einer größeren Gruppe von Nationalsozialisten und unbedingtes freies Geleit zugesichert worden war. Kleine Mengen wogen schon in den frühen Abendstunden auf den Straßen rings um die „Neue Welt“ in der Hasenheide, wo das Schauspiel vor sich gehen sollte. Schon um 7 Uhr war der Saal bis auf den letzten Platz gefüllt, so daß die Polizei die Tore schließen ließ. Viele Tausende von Nationalsozialisten und Deutschnationalen konnten sich keinen Eintritt mehr verschaffen.

Die Polizei mußte mehrmals zur Räumung der umliegenden Straßen schreiten, um die Aufmarschwege freizuhalten.

Selbst den Pressevertretern gelang es erst, als die Versammlung schon längst eröffnet war, nur mit größten Schwierigkeiten, sich noch Eintritt zu verschaffen. Der Saal selbst war mit schwarz-weiß-roten Fahnen und großen Transparenten geschmückt, die den Eindruck trugen: „Mit Duenbergs deutschnational!“ Im Mittelgang und in den Seitengängen hatte der deutschnationale Saalstuh mit seinen blaugrünen Bändern eine Ausstellung angenommen. Auf der rechten Saalseite war ein großer Raum für die nationalsozialistischen Gäste und deren Führer Dr. Goebbels reserviert. Die Versammlung wurde eröffnet von deutschnationalen Abgeordneten Steinhoff, er forderte alle Anwesenden auf, unbedingt Ruhe und Disziplin zu halten. — Er sprach zunächst, ebenfalls im blaugrünen Hemd der deutschnationalen Kampfgemeinschaft,

der deutschnationale Abg. Schmidt (Hannover).

Der Stolz im neuen Reich gehe nach wie vor gegen links, gegen Weimar, gegen Versailles und gegen die Volksewigkeit unseres Vaterlandes. Die Frage sei nur, wer sich an diesem Kampf beteilige. Als der Abgeordnete auf die Danks- und Danksanktionen zu sprechen kam, erwiderte aus der Versammlung ein vielstimmiges Oho, das den Redner veranlaßte, mit erhobener Stimme zu rufen: Die Deutschnationalen hätten kein Recht gegen den Danksplan gekündigt, und seit jener Zeit sei

eine Strukturwandlung innerhalb der DNVP.

vor sich gegangen, wie sie jetzt den Nationalsozialisten bevorzugen. Man dürfe nicht vergessen, daß bei Tausenden und aber Tausenden guter Deutscher zur Zeit die Hauptfrage sei, über den Parteihader hinweg die Idee von Danksburg verwirklichen zu können. Die Sorge dieser Tausende gehe auch dahin, daß die DNVP, die sich in ihren Grundanschauungen gewandelt habe, keine Kreise des Volkes seien und in Sorge darüber, daß auf der einen Seite die praktischen Jungmannschaften der Nationalsozialisten auf der Straße gegen den roten Mordterror antreten, während im Landtag die DNVP, mit den Kommunisten stimme. Sehr erregt wandte sich dann der Redner gegen die verschiedentlich in der nationalsozialistischen Presse aufgetretene Behauptung, daß

die Deutschnationalen am 6. November 1933

in den Mausefchern gefessen hätten. „Haben Sie denn“, so erklärte der Redner mit erhobener Stimme, „kein Gefühl dafür, wie Sie Männer beleidigen, die 1918 an der Front standen? Wissen Sie nicht von dem Niederwerfen des roten Terrors an der Ruhr und von den Kämpfen in Oberschlesien? Ich bin überzeugt, daß damals auch viele in den Reihen der Kämpfer gestanden haben, die heute Nationalsozialisten sind; aber man kommt doch nicht daran vorüber, daß s. B. Mitteldeutschland von dem von Ihnen sehr abel behandelten Herrn Danksberg gerettet worden ist.“ Schmidt schloß mit einer eindringlichen Mahnung zur nationalen Einheit. — Die ganze Versammlung, Deutschnationale sowohl wie Nationalsozialisten, sangen gemeinsam das Flaggengesang.

Dann erteilte der Leiter der Versammlung, Stadtrat Steinhoff,

dem Abg. Goebbels das Wort.

Der vorher die Bitte ausgesprochen hatte, 45 Minuten sprechen zu können. Dr. Goebbels knüpfte an das Wort seines Vorgesetzten an, es gelte ein unauflösliches System zu liquidieren. Diese Parole sei von den Nationalsozialisten populär gemacht worden, als die Deutschnatio-

nalen noch in der Regierung saßen. Die DNVP habe die Absicht, das ganze Volk zu gewinnen, und wenn gestraft werde, wobei das Geld für die Kellame komme, müsse er antworten, aus den Wahlen unserer Arbeitlosen und Parteigenossen, durch die 14 Millionen deutscher Volksgenossen aufgelöst wurden.

Auch die DNVP habe eine Strukturwandlung wie die Deutschnationale Partei durchgemacht, sie habe sich oft von Menschen, nie aber von der Sache getrennt.

Die Behauptung, daß die Nationalsozialisten den Reichspräsidenten abzusetzen geneigt gewesen seien, müsse er ausdrücklich dementieren. Die Nationalsozialisten unterstützten auch solche kommunistischen Anträge, von denen sie die Lösungsgang haben, daß sie gut sind. Sie hätten für die Aufhebung des Notroutinämperverbots gestimmt, weil sie den Notroutinämperverbund in verboltem Zustand für viel gefährlicher hielten. Der Kommunismus könne nur durch eine Weltanschauung, nicht durch ein Verbot überwunden werden. Wegen die Papen-Notverordnung hätten sie sich ausgesprochen, weil sie den Normen die größten Opfer auferlegten. Als dann Dr. Goebbels ausführte, daß die Nationalsozialisten mit dem Zentrum verhandelt hätten, um die Rechte des Volkes gegen die Regierung zu verteidigen, wurde er

von dem aufsichtsführenden Polizeioffizier unterbrochen.

Ueber den Unterschied zwischen seiner und der Deutschnationalen Volkspartei führte er aus, der Nationalsozialismus werde keine Regierung unterstützen, die solche Verordnungen erläßt. Sie gäbe die Rechte der Armen nicht für vier Ministerposten her. — In den Wahlen vom 6. November äußerte Dr. Goebbels, daß der Volksewigkeit mindestens um 14 bis 20 Millionen steigen würde. Nur wenn eine wirkliche Volksewigkeit an der Ruder käme, könne dem Volksewigkeit Einhalt geboten werden.

Wenn Papens Politik scheitere, gehe er in den Ruhestand, Danks Platz würde die 14 Millionen Deutschen ihrer letzten Hoffnung berauben. Ein solcher Einfall verlange die Sicherung der Gewinnung der Führung der deutschen Politik.

Nach einer sehr scharfen Polemik gegen Papen schloß Dr. Goebbels seine Ausführungen unter dem tosenden Beifall der Versammlung mit dem Satz: „Wir stehen an unsere Sache und sind unbedingbar wie alle wahrhaft Gläubigen. Wir werden keine Politik machen, die den Volksewigkeit konterviert. Wir wollen nicht das Wohl des Volkes, was Spanien erleben müsse. Wir stellen das Wohl des Volkes über das Wohl der Partei.“ Auch er mußte sich gegen jeglichen Bruderkampf der nationalen Parteien wenden. Aber nur eine Partei könne die Führung haben, und das sei die Nationalsozialistische Partei.

Nach Dr. Goebbels sprach der deutschnationale Abg. Steuer.

bei dessen Rede es zu heftigen Protestaktionen der Nationalsozialisten kam. Als der Redner erklärte, er sei bereit, seine Soldatenkammerrolle und die seines Freundes Schmidt (Hannover) auf den Tisch zu legen, um dann den Abg. Goebbels zu bitten, die seine danebenzulegen, erhob sich ein ungeheurer Proteststurm.

Nach minutenlangem Arm schütteln die Nationalsozialisten das Horch-Bell-Verbot an, während die Stahlhelmkapelle das Deutschlandlied aufstimmte.

Beim Erörtern der ersten Klänge des Deutschlandliedes stellten die Nationalsozialisten den Arm ein und sangen die erste Strophe des Liedes mit erhobenem Arm.

Dr. Goebbels antwortete

u. a. der Nationalsozialismus wolle die Ursachen deutscher Revolutionen beseitigen. Danks historisches Verdienst sei, daß er die Abwanderung vieler Menschen, die nie zu einer bürgerlichen Partei gegangen seien, aus der nationalen Bewegung verhindert habe. Der Nationalsozialismus wolle die Verantwortung, aber auch die Macht.

Schmidt-Hannover bedauerte in seinem Schlusswort, daß Dr. Goebbels nicht auf alle seine Fragen geantwortet habe. Auch in den Reihen der Nationalsozialisten hätten viele den Danksplan begrüßt. Bei diesen Worten schrie von neuem ein erregter Proteststurm ein, so daß die weiteren Ausführungen des Redners in dem allgemeinen Tumult untergingen. Als Steinhoff mit der Polizei drohte, war es mit der Ruhe vollkommen vorbei. Um Anwesenheiten zu vermeiden, spielte die Kapelle das Lied „O Deutschland hoch in Ehren“, das von allen Versammlungsteilnehmern mitgesungen wurde. — Die Versammlung wurde darauf geschlossen. Dr. Goebbels verließ unter den Gelrufen seiner Anhänger den Saal.

29000 Mark, das Gehalt des Reichskanzlers

Berlin, 19. Oktober. Verschiedentlich sind während des Wahlkampfes Behauptungen über die Höhe des Gehalts des Reichskanzlers und der Reichsminister im Umlauf, die völlig von den Tatsachen abweichen. Wenn behauptet wird, der Reichskanzler besäße ein Gehalt von 45000 Mark, dazu eine Dienstaufwandsentschädigung von 18000 Mark und ein Wohnungsgeld von 2000 Mark, also insgesamt 65000 Mark, so ist demgegenüber richtig, daß auf Grund des Ministergesetzes vom 20. März 1930 die Gehälter des Kanzlers sich zusammensetzen aus einem Grundgehalt von 45000 Mark, einem dreiprozentigen örtlichen Zuschlag von 13500 Mark, zusammen also 58500 Mark jährlich. Unter Berücksichtigung der inzwischen erfolgten Kürzungen von insgesamt 27 Prozent auf Grund der Notverordnungen und des freiwilligen Verzichtes hat sich dieses Dienstentkommen um 17140,50 Mark vermindert, so daß das

jährliche Einkommen des Reichskanzlers also 29000,50 Mark beträgt.

Das steuerpflichtige Dienstentkommen des Kanzlers unterliegt den üblichen Abzügen der Einkommensteuer, dem Zuschlag für Einkommen über 8000 Mark, der Kräftesteuer der Veranlagten, der Bürgersteuer und der Kirchensteuer. Die neben diesen Bezügen dem Reichskanzler gewährte Dienstaufwandsentschädigung, deren Höhe durch den Haushaltsplan bestimmt wird, beträgt zur Zeit 18000 Mark jährlich. Einen Wohnungsgeldzuschuß besitzt der Reichskanzler nicht.

Die Trauhandlung in Koburg

Koburg, 19. Oktober. Als Trauzeugen bei der Krönungshochzeit, über die wir bereits im gestrigen Abendblatt berichteten, fungierten der Kronprinz von Schweden und der Herzog von Koburg. Weiter waren die Herzogin von Koburg, der Hofmarschall des Kronprinzen von Schweden, der Generalbesoldigte des herzoglichen Hauses, der Festattache der schwedischen Gesandtschaft in Berlin und der Leiter der Pressestelle des Herzogs bei der Trauung anwesend. Die Trauhandlung wurde durch kurze Ausführungen des Standesbeamten eingeleitet. Bürgermeister Schewe wies auf die besondere Bedeutung dieser Verbindung des herzoglichen Hauses mit dem schwedischen Könighause hin. Er erinnerte an die gemelulame Vertiefung der Freundschaft durch Schweden und Koburger vor 800 Jahren und meinte, daß dieses historische Datum eine gute Vorbedeutung für den zu schließenden Bund sei.

Am Abend bereiteten die bürgerlichen Vereine der Stadt mit nahezu 4000 Mitgliefern, darunter auch der Stahlhelm und die Nationalsozialisten, dem Brautpaar eine große Fuldigung, die mit einem

Fackelzug durch die illuminierte Stadt

eingeleitet wurde. Die Straßen waren mit einer nach Zehntausenden zählenden Menge besetzt. Von einer Tribüne vor dem Landestheater aus beobachteten das Brautpaar mit den Brautleuten und den Hochzeitsgästen den vorüberziehenden Fackelzug. Nach dem Vorbemerkung, der etwa eine halbe Stunde in Anspruch nahm, spielte die Kapelle zwei schwedische Melodien, und die Koburger Sänger brachten Lieder zum Vortrag. Der Vorsitzende des Fackelzuges hielt eine Ansprache, in der er dem Brautpaar und den Brautleuten den Glückwunsch der Bürgerlichkeit darbrachte und daran erinnerte, daß die Koburger immer bis auf den heutigen Tag mit ihrem Herzogshaus in Treue verbunden gewesen seien. Turner und Turnerinnen zeigten Freilübungen und deutsche Tänze, worauf die Rundgebung mit einem großen Zapfenstreich schloß.

Der Memeler Kreistag zum zweiten Male aufgelöst

Memel, 19. Oktober. Im Sommer vorigen Jahres war der Kreistag im Kreise Memel aufgelöst worden, weil einige Personen ihr Wahlrecht nicht den Gelehen entsprechend ausgeübt hatten. Gleich nach der Neuwahl im Mai dieses Jahres — die den Nationalsozialisten ebenso wie die Landtagswahlen eine Niederlage brachte — wurden von nationalsozialistischer Seite Proteste gegen die Wahlen erhoben. Diefen gefchwridrigen Protesten gab das Verwaltungsgericht nicht nach. Jetzt aber hat das Direktorium des Memelgebietes den Kreistag des Kreises Memel aufgelöst, weil es der Ansicht ist, daß ein Teil der Wahlberechtigten verhindert worden sei, vom Wahlrecht Gebrauch zu machen. Angesichts des litauischen Terrors eine geradezu grotesk wirkende Begründung.

Zwei Bahnbeamte als Attentäter?

Braunschweig, 19. Okt. Wie vom Landeskriminalgollegen mitgeteilt wird, wurden wegen dringenden Verdachts der Beteiligung an den vor einigen Jahren in und um Braunschweig verübten Mordanschlägen auf die Signaleinrichtungen und Jühe der Reichsbahn, sowie wegen dringenden Verdachts damit zusammenhängender Mordunterstellungen und Urkundenfälschung zwei Reichsbahnbeamte in Unterherrschaft genommen. Einer von ihnen war in Braunschweig, der andere in Magdeburg und Berlin tätig. Beide wurden dem Amtsgericht Braunschweig zugeführt.

Schluß mit dem Denunziantentum

Dresden, 19. Oktober. Die Deutsche Volkspartei hat im sächsischen Landtag folgende Anfrage eingebracht: „Die sozialdemokratische „Volkszeitung“ vom 6. Oktober 1932 enthält einen Bericht über einen Gerichtsbescheid — Einstellung des Verfahrens — der auf eine Strafanzeige der Republikanischen Volkswerbestelle Berlin bei der Staatsanwaltschaft Dresden zurückgeht. Die Anzeige besagte, daß bei den Aufführungen des Theaterstückes „Die endlose Straße“ im Staatlichen Schauspielhaus in Dresden Mitglieder des Dresdener „Stahlhelms“, Bund der Frontsoldaten, in Stahlhelmen und mit Wehren Stühlenrollen gespielt hätten und einen Verstoß gegen das „Geleib über Kriegsgesetz“ vom 27. Juli 1927 bedeute. — Dieses „Geleib“ wurde Deutschland unter dem Druck des Versailles Diktats aufzunehmen, als die Kontrollkommissionen der Entente ihre Schnüffelstätigkeit einstellten mußten.“

Die „Anzeige“ der sog. Republikanischen Volkswerbestelle stellt einen in heutiger Zeit besonders unerhörten Vorgang dar. Es ist nationale Ehrenpflicht, dem Treiben dieser Denunzianten das längst verdiente Ende zu bereiten. Zu unserer Benennung hat der Reichsfinanzminister Graf Schwerin v. Krosigk kürzlich die Anweisung ergehen lassen, lenklichen amtlichen Verkehr mit der sogenannten Republikanischen Volkswerbestelle abzubrechen. Im weiteren ist für Preußen verhängt worden, daß nur noch solchen Anzeigen nachgegangen wird, bei denen der Volkswerbesteller sich mit seinem Namen zu seiner Anzeige bekennt.

Welche Haltung Sachsen zu diesen Fragen einnimmt, ist bisher nicht bekannt.

Wir fragen deshalb die Regierung: Besteht in Sachsen irgendwelcher amtlicher Verkehr mit der „Republikanischen Volkswerbestelle“? Wenn ja: Ist die Regierung bereit, der „Republikanischen Volkswerbestelle“ gegenüber die jetzt für das Reich und für Preußen geltenden Richtlinien anzuwenden?

Radiu von Be auch diese unter das Die Hühre wie Rinder man die fr aus Verleb mit Tochter sie nicht mliches Weib hied gegen Frauen un zu holen, in anderen W Bald kam Rifen und auf den de einander unferer St allu Dar Kugen wir nicht lange, sriedlich u muß abem alles ertra kann. Die Berete nur grobheit begen unenigell Helm Wo Männer Zug, um

In der In M Leningrad machung, gemütlische — Insektur eigene In Rühl über das Brillen Die in Lening über Ne daß man deutsch, in der deut ihr Rede wiffen, d Aber dar

Die Leningra

Rei Berl ergab an

daß das sich bei nicht s solches i Heim e Preuher wurden, mit Prä ob es de großen antwort n a m die Der Geld fa fällig a Pfenia preuhlich In daß Dr glaubi, der Sei

Seu

vorgefe Vreflep noch efonte. Iron Bernes

Der gebt Mi Gefe Jelen

Reichp artig keine G durch alle I Kaufau hätten gebant dir e

W Alledes mu n